

NEWS von René



*Liebe Leserinnen,
 liebe Leser,*

Als direkt gewählter Landtagsabgeordneter für unsere Region möchte ich mit meinem neuen Newsletter in regelmäßigen Abständen über meine Arbeit im Niedersächsischen Landtag und vor Ort, in Bad Gandersheim, Bodenfelde, Dassel, Einbeck, Seesen und Uslar informieren. Bitte zögern Sie/Ihr nicht, mich bei Wünschen, Anregungen und Fragen zu aktuellen politischen Themen zu kontaktieren, denn Ihre/Eure Belange sind mir ein Herzensanliegen.

Euer

WAS GIBT ES NEUES?

- ~~⊗~~ 110 Millionen zur Beseitigung von Hochwasserschäden ■
- ~~⊗~~ Hochwasserschutz im Fokus ■
- ~~⊗~~ Versorgungsregion im Dialog ■
- ~~⊗~~ Verzicht auf Atommüll-Zwischenlager ■
- ~~⊗~~ Pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte ■
- ~~⊗~~ Regionaler Neujahrsempfang ■

110 MILLIONEN EURO ZUR BESEITIGUNG VON HOCHWASSERSCHÄDEN



Am Dienstag hat das niedersächsische Kabinett einen Nachtragshaushalt von 110 Millionen Euro für die Beseitigung von Hochwasserschäden bei Privatpersonen und öffentlicher Infrastruktur sowie für die Ertüchtigung des Hochwasser- und Katastrophenschutzes verabschiedet.

ENTWURF BEREITS IM HAUSHALTAUSSCHUSS BERATEN.

„Wir haben den Entwurf bereits in dieser Woche im Haushaltsausschuss des Niedersächsischen Landtages beraten. Das Ziel ist, den Nachtragshaushalt bereits in der Sitzungswoche im Februar zu beschließen. Ob darüber hinaus weitere finanzielle Unterstützung durch das Land nötig sein wird, wird sich im Rahmen der Schadensbeseitigung und -erfassung zeigen“, erklärt SPD-Haushaltspolitiker René Kopka das weitere Vorgehen.

„Das schnelle Handeln der Landesregierung und den Nachtragshaushaltsentwurf begrüße ich sehr. Der

unermüdliche Einsatz der Haupt- und Ehrenamtlichen, für den ich nochmals herzlich danken möchte, hat in unserer Region zwar vielerorts größere Schäden verhindert, dennoch gilt es, festgestellte Schäden schnellstmöglich und unkompliziert zu beheben“, macht Kopka deutlich.

Neben Billigkeitsleistungen an Privathaushalte gehören unter anderem auch Leistungen des Hochwasserschutzes wie Sandsackentsorgung und -nachbeschaffung zu den beschlossenen Maßnahmen. René Kopka zeigt sich erfreut über die ebenfalls vorgesehenen zusätz-

lichen Mittel für die Hochwasserprävention: „Die Niederschläge waren die stärksten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Folgen des Klimawandels sind auch in Niedersachsen angekommen und spürbar. Daher ist es gut, dass das Land verstärkt in den Hochwasserschutz investieren wird, wie beispielsweise Geräte zur Hochwasserbekämpfung und die Beschaffung mobiler Hochwasserschutzsysteme.“

Finanziert wird der Nachtragshaushalt über eine Entnahme aus der Konjunkturbereinigungsrücklage, eine Ausnahme von der Schuldenbremse ist hierfür nicht notwendig. „Die solide Haushaltsführung der Landesregierung und der Regierungskoalition ermöglichen eine Finanzierung ohne Nettokreditaufnahme. Das Land wird eine gute Mischung aus schnellen Hilfen und nachhaltigen Investitionen bereitstellen“, hebt Kopka abschließend hervor.

Weiterhin betont der Abgeordnete, dass die Hochwasserprojekte in der Region, wie beispielsweise in Rhüden und Bornhausen dringend weiter vorangetrieben werden müssen. Dieses Anliegen hat er auch im persönlichen Gespräch mit Umweltminister Christian Meyer nochmals deutlich gemacht. Inwieweit Mittel über den Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt werden können, ist derzeit aber noch nicht abzusehen, da erst die konkreten Schadenslagen des Hochwassers festgestellt werden müssen. ■



AUSSCHUSS FÜR HAUSHALT UND FINANZEN: REISE NACH BRÜSSEL



Ende Januar begab sich der Landtagsausschuss für Haushalt und Finanzen nach Brüssel. Viele wichtige Themen standen auf dem Programm.

Es ging um aktuelle Entwicklungen bei der Bankenregulierung, Fragen der Bankenunion und zum Thema Einlagensicherung. Weitere Schwerpunkte waren ein Austausch mit der IHK Nord über Aktivitäten und Schwerpunkte in Brüssel sowie ein Gespräch im NATO-Hauptquartier. Auch die Agrarförderung und weitere Förderrichtlinien der EU wurden besprochen. Viele Themen werden wir nun für unsere Arbeit in Hannover mitnehmen. ■



HOCHWASSERSCHUTZ STÄRKER IN DEN FOKUS NEHMEN



Die SPD-Landtagsabgeordneten René Kopka und Sebastian Penno sprechen gemeinsam mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Frauke Heiligenstadt allen Helferinnen und Helfern der Hochwassereinsätze ihren Dank aus. Zugleich plädieren die Abgeordneten dafür, den Hochwasserschutz wieder stärker in den Fokus zu nehmen.

„Die zahlreichen, zum großen Teil ehrenamtlichen Einsatzkräfte haben während des Einsatzes über die Feiertage Großartiges geleistet“, stellt Sebastian Penno fest. „Die Helferinnen und Helfer haben gemeinsam gezeigt, dass man viel schaffen kann,

wenn man gut zusammenarbeitet und sie haben viel Verzicht geübt, während andere Weihnachten feierten“, unterstreicht Frauke Heiligenstadt. „Niedersachsen hat zusammengehalten und sich solidarisch und hilfsbereit gezeigt, dafür sind wir dankbar“, ergänzt René Kopka.

„Trotz der anhaltend schwierigen Lage und teilweisen Überflutungen in Südniedersachsen hat sich gezeigt, dass aus vergangenen Hochwasserereignissen die richtigen Schlüsse gezogen worden sind. Die entwickelten Einsatzkonzepte haben sich bewährt und erwiesen sich als wirkungsvoll“, betont Sebastian Penno.

„Das Ausmaß der Schäden muss nach Beendigung der Hochwasserlage zügig festgestellt werden. Ministerpräsident Stephan Weil wird sich auch beim Bund dafür einsetzen, dass es eine finanzielle Hilfe für Menschen und Unternehmen geben wird, die besonders vom Hochwasser betroffen sind“, hebt René Kopka hervor.

„Je nach Ausmaß der Schäden in Niedersachsen und weiteren Bundeslän-

dern muss auch darüber gesprochen werden, ob die Kosten des Hochwassers im Rahmen regulärer Mittel gestemmt werden können oder ob eine besondere Notlage festgestellt werden muss, um ein mögliches Aussetzen der Schuldenbremse herbeizuführen“, macht Frauke Heiligenstadt deutlich.

„Anschließend gilt es, den Hochwasserschutz in den Fokus zu nehmen und die Planung und Umsetzung weiterer Schutzmaßnahmen prioritär voranzutreiben“, so Sebastian Penno.

René Kopka weist in diesem Zusammenhang auf die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Novelle des Niedersächsischen Klimaschutzgesetzes hin: „Das Land hat mit der Novellierung wichtige rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen. Durch das Gesetz gehört Hochwasserschutz jetzt zum Klimavorrang und ist von allen Landesbehörden zu priorisieren.“

„Unser Zivil- und Katastrophenschutz muss bestmöglich ausgestattet sein, um im Krisenfall schnell handeln zu können“, ergänzt Frauke Heiligenstadt. „Deswegen werden wir im Bund auch weiterhin in diesem Bereich investieren. Die zugesagte Bundesförderung für den THW-Neubau in Einbeck ist ein erster wichtiger Schritt“, so Heiligenstadt abschließend. ■

VERSORUNGSREGION IM DIALOG



Die anstehende Krankenhausreform wurde in Northeim den anwesenden Krankenhausleitungen für die Region Südniedersachsen durch Minister Andreas Philippi vorgestellt.

Eine wichtige Veranstaltung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Arbeit, Frauen, Familie und Senioren fand kürzlich in der Northeimer Stadthalle statt.

Die anstehende Krankenhausreform wurde den anwesenden Krankenhausleitungen für die Region Südniedersachsen durch Minister Andreas Philippi vorgestellt.

„Wir müssen unsere Region so aufstellen, dass eine gute Gesundheitsversorgung gewährleistet werden kann. Dafür brauchen wir eine

zukunftsste Entwicklung unserer Krankenhäuser. Ein enorm wichtiges Thema der nächsten Monate“, äußerte sich Kopka nach der Veranstaltung. Mit dabei waren u.a. auch Sabine Tippelt MdL aus Holzminden und die Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Goslar-Northeim-Osterode Frauke Heiligenstadt. ■

VERZICHT AUF ATOMMÜLL-ZWISCHENLAGER WÜRGASSEN

RENÉ KOPKA (SPD): „VERZICHT AUF ATOMMÜLL-ZWISCHENLAGER WÜRGASSEN IST EIN GUTES SIGNAL FÜR DIE REGION“

Der SPD-Landtagsabgeordnete René Kopka freut sich über die Entscheidung des Bundesumweltministeriums, den Standort Würzgassen für den Bau eines Bereitstellungslagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle nicht weiter in Betracht zu ziehen. Auch wird es nach Aussage von Niedersachsens Umweltminister Meyer auch kein alternatives Lager in Niedersachsen an einem anderen Standort geben.

„Diese Entscheidung wurde aufgrund der Faktenlage zurecht so getroffen. Ein Bereitstellungslager in Würzgassen ist nicht sinnvoll, aber sehr kostenintensiv. Des Weiteren hätte der Standort kaum logistische Vorteile, sondern zahlreiche überflüssige Atomtransporte durch Südniedersachsen mit sich gebracht“, macht René Kopka deutlich.

„Mein Dank gilt neben Ministerpräsident Stephan Weil und Umweltminister Christian Meyer, die sich in Berlin für diese Entscheidung eingesetzt haben, auch den zahlreichen Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und

Kommunen, die vor Ort und überregional mit guten Argumenten und ständiger Präsenz die Interessen der Bürger vertreten haben“, so René Kopka abschließend. ■



„DIE PAUSCHALE BEIHILFE IN NIEDERSACHSEN SCHAFFT WAHLFREIHEIT FÜR BEAMTINNEN UND BEAMTE IN NIEDERSACHSEN“



Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat der Niedersächsische Landtag im Dezember-Plenum die Einführung einer pauschalen Beihilfe beschlossen. Mit der pauschalen Beihilfe wird vom Dienstherrn ein monatlicher Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag einer freiwillig gesetzlichen oder privaten Krankheitskostenvollversicherung gezahlt.

Der SPD-Finanzpolitiker René Kopka, der das Gesetz für seine Fraktion während der Beratungen begleitet hat, freut sich sehr über den sozialpolitischen Meilenstein für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamte: „Der Beschluss für eine pauschale Beihilfe ist ein Erfolg, der echte Wahlfreiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fördert. Aktuell ist es für Beamtinnen und Beamte zwar theoretisch möglich, sich gesetzlich zu versichern.

Allerdings müssen sie dies komplett selbst finanzieren, was die die Option meist unattraktiv macht. Das wird mit dem Gesetz jetzt verändert.“

Die Änderung betrifft nicht nur die Beamtinnen und Beamten selbst, sondern auch deren Familien: „Sie profitieren von mehr Wahlfreiheit, da aktuell jedes Familienmitglied einzeln privat versichert werden muss, was vor allem kinderreiche Familien finanziell belastet“, erklärt Kopka.

Für die bereits im Landesdienst stehenden Beamtinnen und Beamte wird ab dem 1. Februar 2024 eine einmalige Wahlmöglichkeit eröffnet. Der Antrag ist bei der für die Festsetzung der Beihilfe zuständigen Stelle innerhalb von einem Jahr zu stellen. Darüber hinaus wird für Personen, die neu in den Landesdienst eintreten und bisher gesetzlich krankenver-

sichert waren, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes eine Möglichkeit geschaffen, in ihrer Krankenversicherung zu bleiben.

Der Landtagsabgeordnete hebt die Wichtigkeit des Themas für viele Menschen im Land hervor: „In meinem Wahlkreisbüro erreichten mich während der Ausschussberatungen vielfältige Anfragen zum Gesetz, unter anderem von Referendarinnen und Referendaren. Die positiven Reaktionen von Beamtinnen und Beamten zeigen, dass überall dort, wo die pauschale Beihilfe schon eingeführt wurde, die Attraktivität der Beamtenlaufbahn steigt, vor allem auch für die Nachwuchskräfte. Zugleich wirken wir mit dem Gesetz dem Fachkräftemangel in unserem Land entgegen.“

„Die neue Regelung entlastet insbesondere Beamtinnen und Beamte mit Behinderung oder Vorerkrankungen spürbar. Bisher mussten sie alle Risikozuschläge der privaten Krankenversicherung selbst tragen. Die nun vorgesehene Einführung der pauschalen Beihilfe wird hier dringende Verbesserungen bringen, da 50 Prozent der monatlichen Aufwendungen als neue, pauschalierte Form der Beihilfe vom Dienstherrn gezahlt werden wird“, hebt Kopka hervor.

GERECHTIGKEITSLÜCKE WIRD BESEITIGT

„Mit diesem Gesetz setzen wir einen wichtigen Punkt des rot-grünen Koalitionsvertrages um, der eine Gerechtigkeitslücke beseitigt und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken wird“, so Kopkas abschließendes Fazit. ■

 [HIER GEHTS ZUR REDE](#)



REGIONALER NEUJAHRSEMPFANG



Regionaler Neujahrsempfang der IHK Hannover in Göttingen. Einen zentralen Schwerpunkt bildete das Thema „Start-ups und etablierte Unternehmen: Gemeinsam stark für die Region! Warum Life Science unsere Stärke ist.“ Drei Start-ups mit anschließendem Panel haben ihre Innovationen vorgestellt. Die Region Südniedersachsen wächst weiter zusammen. Gut so! ■

PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „SOLIDARISCHE KRANKENVERSICHERUNG FÜR ALLE?“

Die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen hat kürzlich zur Podiumsdiskussion unter dem Thema „Solidarische Krankenversicherung für alle? Für mehr Gerechtigkeit, Stabilität und ein echtes Wahlrecht“ geladen.

René Kopka nahm dabei als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung teil. Mit dabei waren ebenfalls Dirk-Ulrich Mende MdB, Lars Niggemeyer (DGB), Dr. Eckart Galas (Stabsbereichsleiter »Gesundheitspolitik« bei der AOK Niedersachsen), Oliver Wasmann (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD, Bezirk Hannover). Moderiert wurde die Diskussion durch Jan Henner Putzier MdL.

René Kopka berichtete unter anderem über den aktuellen Sachstand zum Gesetzentwurf zur Einführung einer pauschalen Beihilfe in Niedersachsen. ■

